



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/159 - 14.7.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 690

Auf dem Wege zur Sozialpartei?	S. 4
Deutschlandfrage nur am Rande?	S. 5
Ost-West-Verhandlungen im Stichworten	S. 5

*

Um die Zukunft des BHE

Von Wenzel Jakob, MdB

Die Kommentare über die jüngste Krise des BHE haben einen erstaunlichen Mangel an soziologischen Einsichten in politisch führenden Schichten der Bundesrepublik geoffenbart. Typisch dafür war die Erklärung der FDP-Spitzen, man wolle keinen Zuwachs aus "der Konkursmasse einer gescheiterten Partei."

Immerhin hat sich die FDP nicht gescheut, erst vor kurzer Zeit in Niedersachsen Ministersessel zu besetzen, die ihr durch eine Entscheidung des dortigen BHE angefallen sind. Auch Herr Hellwege vor der DP ist niederrheinischer Ministerpräsident von (wegen einer "Flüchtlingspartei". Solange die Herren Oberländer und Kraft in Bonn und durch ihren Einfluss auf einzelne Landesverbände die Konjunkturpolitik der Ermächtigung der SPD förderten, hat dem BHE kein bürgerlicher Koalitionspartner die Existenzberechtigung abgesprochen. Sobald aber bloß die Gefahr am Horizont auftaucht, dass sich der BHE zu einer Sozialpartei entwickeln könnte, wird ihm allseitig das Totenglocklein gelüftet.

Es ist wahr, dass die Parteigründung des Herrn waldemar Kraft in Schleswig-Holstein eine antisozialistische Blockbildung eingeleitet hat, die der Landespolitik seither das Gepräge gibt. Auf dem Wege nach Süden hat der BHE jedoch manchmal anderen Zug angenommen

14.7.1955

und er gilt heute in Hessen und Bayern, in etwas geringerer Masse auch in Baden-Württemberg, als eine demokratisch zuverlässige soziale Fortschrittspartei. In Niedersachsen und auch in Hamburg würde ein Frontenwechsel des BHE die Lage grundlegend verändern. Diese Entwicklung fürchten natürlich jene Kreise, die sich eine "Flüchtlingspartei" nur als Stützpunkt der Reaktion vorstellen können.

Von den Belähernhügeln des deutschen "Wirtschaftswunders" läßt sich im Jahre 1955 leicht von der "Konkursmasse einer gescheiterten Partei" reden. Jeder etbliche Demokrat sollte sich aber zunächst darüber freuen, dass es in den letzten zehn Jahren gelungen ist, die politisch fluktuierende Masse der Heimatvertriebenen fast restlos gegen den Radikalismus von rechts und links zu immunisieren. Wer nicht eines jeden staatsmännlichen Weitblickes bar ist, sollte außerdem den gewaltigen Beitrag anerkennen, welche die "Haberlontse" zur wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung Westdeutschlands geleistet haben.

Aus dem Bewußtsein geschichtlicher Bewährung ergeben sich auch naturgemäß staatspolitische, wirtschaftliche und soziale Ansprüche des "fünften Standes", wie ihn das Kollektivschicksal der Ausreibungen gefordert hat. Die tiefere Ursache der Vorgänge im BHE ist wohl darin zu suchen, dass der latente Konflikt zwischen den Männern der Restauration und den Kräften des sozialen Fortschritts einmal an die Oberfläche kam. Oberländer war ein Mann der Restauration. Je mehr in seinen eigenen Reihen die Unzufriedenheit wuchs, desto stärker suchte er Anlehnung bei Adenauer und den Kräften, die hinter dem Bundeskanzler stehen. Und diese Anlehnung brachte ihn so plötzlich zu Fall. Man kann sagen, dass sich Professor Oberländer mit der Leidenschaft des politischen Spielers selbst überspielt hat. Kraft war sicher ein harmloserer Fall, er ist das Komplex eines Parteigründers zum Opfer gefallen, der da glaubt, dass "seine Partei" ohne ihn nicht existieren könne.

Der Abgang von Spitzenfunktionären, die zu Vollzugsorganen parteifreier Kräfte geworden sind, hat noch keiner Partei geschadet.

Es ist übrigens kein Zufall, dass sich das Schwergeicht der BHE-Politik immer mehr auf die Landesverbände verlagert, die mit den sozialen Realitäten doch mehr Tatkraft haben, als die Männer, die in Bonn hohe Politik zu machen versuchten. Zu bedauern ist lediglich, dass die interimistische Parteiführung zunächst jenen Herrn von Kessel zufiel, der in Niedersachsen an die Interessenpolitik eines Rechtsblockes gebunden ist. Die schlechte Idee, dass man weiterhin den Ministersessen in Bonn nachlaufen sollte, anstatt die Vertrauenskrise in der eigenen Anhängerschaft zu überwinden, stammt wohl von Herrn von Kessel selbst. Das Schicksal dieser Partei wird sich aber letztlich daran entscheiden, ob sie noch die Kraft hat, unter Ausschaltung persönlicher Ambitionen den Weg zu einer durchgängigen sozialen Neuorientierung zu finden.

Mit Schadenfreude allein wird aber eine staatspolitisch fruchtbare Orientierung dieses Sektors der Heimatvertriebenen und Geschädigten nicht herbeigeführt. Wer ernsthaft an die politische Vorbeurteilung einer Wiedervereinigung Deutschlands denkt, sollte einen Zerfall des BHE weder wünschen noch fördern. Es gilt vielmehr zu bedenken, dass bei halbwegs freien Wahlen in der Sowjetzone die Stimmen von rund 3,4 Millionen Heimatvertriebenen - das sind über 20 Prozent der Gesamtbevölkerung - mächtig ins Gewicht fallen werden. Die Kraft des ungetrochnenen Heimatgefühls der vertriebenen Schlesier, Pomern, Ostpreußen und Sudetendeutschen in Mitteldeutschland muß früher oder später in den Dienst der Demokratie gestellt werden. Das schaffen die historischen Parteien allein nicht. Deshalb ist die Weiterexistenz einer demokratisch zuverlässigen "Flüchtlingspartei" geradezu eine staatspolitische Notwendigkeit. Es kommt aber in erster Linie auf die Orientierung des BHE selbst an, denn nur als echte Sozialpartei hat er eine Zukunft.

Konferenzen vor der Konferenz

b.v.-Paris

Tagtäglich beraten seit dem vorigen Freitag die Delegationen der drei Westmächte in Paris über das was ihre Regierungschefs und ihre Außenminister in Genf anbieten und fordern sollen. Sobald bei diesen Konferenzen vor der Konferenz deutsche Fragen zur Behandlung stehen, tritt auch die deutsche Delegation in Tätigkeit, und würde in der Öffentlichkeit nicht allzu oft das Thema der deutschen Wiedervereinigung behandelt, so wäre man wirklich versucht, anzunehmen, dass es die Zentralfrage darstellt. Die Geschichte der letzten 50 Jahre aber hat gezeigt, dass es bei internationalen Konferenzen echte und unechte Themen gibt. Die unechten beziehen sich auf Fragen, an denen man die Konferenz "aufhängt", sie deuten, wie im ersten Akt des Trauerspiels, den Konflikt an. Damit haben sie zunächst ihre Aufgabe erfüllt.

Wer immer als erster die vorzügliche Idee hatte, die Sache so darzustellen, als würde auf dem großen Genfer Treffen die deutsche Wiedervereinigung vor allen anderen Fragen rangieren, darf als blinder Diplomat bezeichnet werden. Es war ein trefflicher Einfall. Und er enthält durchaus keine echte Lüge. Die Frage der deutschen Wiedervereinigung wird in Genf, das zeigen die Vorverhandlungen in Paris, der "Aufhänger" darstellen - und bekanntlich fällt der Mantel vom Kleiderhaken, wenn der Aufhänger nicht hält.

Wenn am Ende dieser Woche die Außenminister der drei Westmächte in Paris die Ergebnisse der Verhandlungen ihrer Fachleute überprüfen, werden sie befriedigt feststellen können, dass auf viele Fragen, die in Genf aufgeworfen werden könnten, Antworten und Vorschläge bereits ausgearbeitet sind. Selbstverständlich gibt es auch - im Rahmen des als Eden-Plan bezeichneten Programms - Vorschläge, die sich auf die deutsche Wiedervereinigung durch freie Wahlen beziehen. Das ist selbstverständlich; denn ohne Aufhänger hält der Mantel nicht am Haken. Aber es ist außerordentlich schwierig, in diesen Tagen in Paris einen Politiker zu finden, der ehrlich davon überzeugt wäre, dass die Hauptzeit der Beratungen für dieses Thema verwendet würde.

Die großen Themen sind eben doch Sicherheit und Abrüstung. Mit kalter Logik argumentieren französische Politiker: Würde der Kreml den Bundeskanzler nach der Genfer Konferenz begrüßen, wenn die Sowjets überzeugt wären, die deutsche Frage werde in Genf im Sinne der Wiedervereinigung gelöst werden? Liegt es nicht näher, anzunehmen, dass sie das Thema der Ko-Existenz besprechen wollen? Der britische Außenminister deutete kürzlich an, er sei überzeugt, ein wiedervereinigtes Deutschland werde sich freiwillig dem Westen anschließen. Wenn dem so ist, welches Interesse - fragen französische Politiker - sollten dann die Sowjets an der Wiedervereinigung haben? Und, fragen sie weiter, hat nicht damit Sir Anthony Eden selbst ausgedrückt, unter solchen Umständen könne die Wiedervereinigung den Russen kaum verlockend erscheinen?

Wenn unter "Entspannung" etwas psychologisches zu verstehen ist, so sei sie bereits vorhanden, erklärte ein Pariser Diplomat; worauf es jetzt ankomme, ist, diese Entspannung der politischen Atmosphäre für die Praxis zu benutzen. Jede Seite ist seit Wochen bemüht, dem Kontrahenten freundliche Worte zu sagen. Jede Seite betont ihre Sehnsucht nach Beendigung des Kalten Krieges und ihre Scheu vor einem echten Kriege. Das also sind die Kernprobleme. Die Hauptgefahrenzone aber, das ist die hier vorherrschende Auffassung, liegt seit Langem nicht mehr in Mitteleuropa. Die deutsche Situation ist höchst peinlich, aber nicht brennend und feuergefährlich. Hingegen glimmt das Feuer in Asien. Es geht um die Einstellung von 450 Millionen Chinesen, es geht um jene asiatischen Kräfte, deren Existenz zahlreicher Halbblinden erst durch die Konferenz von Bandung bewußt wurde. Und es geht daher vielleicht auch schon um die Frage, ob die Sowjet-Union auf die Dauer in der Lage sein wird, diese unermesslichen Kräfte Asiens so in die Weltpolitik einzuspannen, wie sie es von Fall zu Fall für richtig erachten mag. Man kann Polen oder die Tschechoslowakei als Satelliten bezeichnen; aber das riesige China nebst seinen nordkoreanischen und nordvietnamesischen Freunden als Satelliten anzusehen, ist ein Zeichen vollendeter Unkenntnis der Zusammenhänge und Kräfteverteilung.

Niemand darf sich daher darüber wundern, dass auch auf den Pariser Vorkonferenzen die echten Kernprobleme im Vordergrund stehen. Die deutsche Wiedervereinigung gehört nicht zu ihnen.

Von Berlin nach Genf

sp - Keine vernünftige Beurteilung der Situation unmittelbar vor der Genfer Konferenz kann sich auf die gegenwärtige Lage allein beschränken. Jede Bewertung muß Tatsachen und Zusammenhänge berücksichtigen, die in die Vergangenheit zurückreichen, wobei man den Zeitraum, der dafür in Betracht kommt, enger und weiter bemessen kann.

Der letzte große Einschnitt, der sich dabei anbietet, ist die Berliner Konferenz vom 25. Januar bis 16. Februar 1954. Aber es würde ein sehr unvollständiges Bild entstehen, wollte man, auch wenn man nur von dieser letzten anderthalb Jahren ausgeht, drei Daten übergehen, die vorher liegen: Die Explosion der ersten amerikanischen H-Bombe am 1.11.1952; die nachdrückliche Anregung Churchills zu einem Gespräch auf "Höchster Ebene" vom 11.5.1953, und die Explosion der ersten sowjetischen H-Bombe am 12.8.1953 - zwei militärtechnische und eine dazwischenliegende politische Warnung von äußerstem Ernst an die ganze Menschheit.

Berlin - Anfang einer Konferenzperiode

Der knappe Raum, der hier zur Verfügung steht, zwingt, wenn man einen kleinen chronologischen Abriss der seitdem verfloßenen Entwicklung geben will dazu, sich mit einigen ganz unvollständigen Stichworten zu begnügen. Am 16.2.1954 endete der Versuch von Berlin mit einer besonders für die deutschen Hoffnungen sehr bitteren Enttäuschung. Aber es hat sich als richtig erwiesen, dass Berlin immerhin der Anfang einer Konferenzperiode war, die mit der Genfer Konferenz in der ersten Mai-Hälfte 1954 fortgesetzt wurde und nun, wieder in Genf, eine neue Stufe erreicht hat. Die Entspannung zwischen den Großmächten hat Fortschritte gemacht, leider einstweilen noch nicht mit befriedigenden Aussichten auch für die deutsche Wiedervereinigung.

Am 31. März 1954 wiederholten die Sowjets ihren Vorschlag über die Schaffung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems, den sie schon auf der Berliner Konferenz gemacht hatten. Diesem System sollte die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten in einer noch näher zu bestimmenden Form angegliedert werden, und zwar in einer besonderen Organisation. Die Westmächte verwiesen in ihrer Antwort vom 8. Mai ausdrücklich auf die UNO, die ja als geeignete Dachorganisation schon bestehe. Recht deutlich und im Hinblick auf die langjährige Veto-Praxis der Mächte aus dem Krenl ebenso spitz hieß es in dieser Note: "Die kollektive Sicherheit würde am besten gewährleistet sein, wenn die Sowjets es der UNO erlauben würden, so zu funktionieren, wie die Satzung es beabsichtigt."

Die "Potomac-Erklärung"

Ein wichtiges weiteres Datum des Jahres 1954 waren dann die Tage vom 25. bis zum 28. Juni, in denen in Washington eine Konferenz zwischen Eisenhower und Dulles auf amerikanischer, Churchill und Eden auf britischer Seite stattfand. Sie endete mit der unter dem Namen "Potomac-Erklärung" bekanntgewordenen Entschließung über gemeinsame Grundsätze amerikanisch-englischer Politik, einer Bestätigung

14.7.1955

der traditionellen amerikanisch-englischen Freundschaft. In der Erklärung fand sich übrigens auch der Passus: "Was die früher souveränen, heute in Knechtschaft lebenden Völker betrifft, so werden wir an keiner Regelung teilnehmen, die ihre unfreiwillige Unterwerfung bestätigen würde", ein politischer Scherz, den man in letzter Zeit wieder vielfach begegnet ist. Gleichzeitig trat damals freilich Churchill, unter dem Karren vieler seiner amerikanischen Freunde auch für eine "friedliche Ko-Existenz" der freien Welt mit der Sowjetunion ein. - Es gingen dann noch einige Noten hin und her, die wohl manche neue Nuance, aber keine wesentliche Veränderung der Standpunkte brachten. Zwischenmarch wurden im Oktober 1954 die Pariser Verträge unterzeichnet. Am 13. November ließen die Sowjets eine neue Note mit dem Vorschlag überreichen, eine gesamt-europäische Konferenz zur Lösung der Frage der kollektiven Sicherheit einzuberufen. Sie blieb unbeantwortet.

Angelpunkte: USA - Basen

Am 7. Februar 1955 erklärte dann der sowjetische Verteidigungsminister Schukow - es waren die Tage der besondern Erregung um den Rücktritt Malenkows - in einem Interview, das er den amerikanischen Zeitungsverleger Horst jr. gewährte: "Die Anordnung der amerikanischen Stützpunkte rund um die Sowjetunion ist kein Beweis für Verteidigungsabsichten der USA, sondern für ihre offensiven Pläne. Wir kennen uns in diesen Fragen aus. Wie kann von Verteidigung die Rede sein, wenn die Stützpunkte vom Gegenstand der Verteidigung, also den USA soweit entfernt liegen?" Die Sowjets ließen damals durch ihre ersten Experten ihre dringendste Sorge erkennen.

Am 10. Mai 1955 legten dann die Sowjets durch ihren Chefdelegierten bei den Abrüstungsverhandlungen in London einen neuen Abrüstungsplan vor. Er sollte, eine utopische Sache, in zwei Stappen durchgeführt werden, die sich nur auf die Jahre 1956 und 1957 bezogen. Die drei Hauptpunkte waren: Atomwaffenverbot; Einschränkung der herkömmlichen Waffen (wobei die Sowjets frühere westliche Vorschläge übernahmen, sich aber andererseits zum ersten Mal zu diesem Entgegenkommen bereit erklärten) und Schaffung einer Kontrollorganisation für die Abrüstung. Molotow hat diese Vorschläge später mehrfach erläutert.

Die Bildung des Ostblockes

Wenige Tage später, am 14.5.1955 erfolgte in Warschau die Bildung eines durch besonderen Vertrag gebundenen Ostblockes mit einem vereinigten Ostblock-Kommando unter dem sowjetischen Marschall Konjew. Die Sowjetzone blieb abgenommen. Bemerkenswert war die Bestimmung: "Im Falle der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und des Abschließens eines diesem Ziele dienenden gesamt-europäischen Vertrages über kollektive Sicherheit verliert dieser Vertrag am Tage des Inkrafttretens des gesamt-europäischen Vertrages seine Gültigkeit."

Die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages fiel mit diesem Ereignis fast zusammen. Am 2. Juni wurde dann das viel erwähnte Kommuniqué über das Ergebnis der sowjetisch-jugoslawischen Gespräche in Belgrad veröffentlicht, am 7. Juni erfolgte die sowjetische Einladung an Dr. Mänauer nach Moskau und einen Tag später

14.7.1955

erläuterte der Bundeskanzler diese Einladung mit dem Honorat: ja, aber erst allgemeine Abrüstung und dann Wiedervereinigung, während er selbst erklärtermaßen an der Politik der westdeutschen Aufrüstung festhielt. Eine Woche danach war der Kanzler in Washington.

Entspannungswille gewachsen

Wichtige Aufschlüsse über die Haltung der beiden großen Machtgruppen geben dann noch die Reden der verantwortlichen Staatsmänner beider Seiten aus Anlaß der 10-jährigen Geburtstagsfeier der GEC in San Francisco. Die Ereignisse danach sind an frischer Erinnerung, unter denen die große, politische so bedeutsame Rundreise des indischen Ministerpräsidenten Nehru gewiss nicht an letzter Stelle steht. Am 26. Mai nahmen die Sowjets den Vorschlag der Westmächte zu einem Treffen der großen Vier an. Nach kurzem Hin- und Her einigte man sich auf die Zeit vom 18. bis 21. Juli und auf Genf als Tagungsort. Die Frist ist inzwischen nach gegenseitiger Vereinbarung auf 6 Tage verlängert worden.

Spaltenlange Notizen sind in den vergangenen anderthalb Jahren gewechselt worden, vor allem die sowjetische Seite hat in der Quantität einiges geleistet. Gemessen an ihrem jeweiligen Feindwert hätten sie allzumal wesentlich kürzer sein können. Das aber ist wohl vor allem ein Frage des Spiels. Die Tendenz zur allgemeinen Entspannung ist jedenfalls zu dieser Zeit ohne Zweifel außerordentlich und über jedes Erwarten gewachsen. Die Aussichten für eine deutsche Wiedervereinigung haben damit leider keineswegs Schritt halten können, das ist für uns Deutsche wenige Tage vor dem großen Zusammentreffen die beherrschende und tragische Erkenntnis.

* * *

Auf Bannenfäng

sp - Ein sogenanntes "Festivalkomitee der Bundesrepublik Deutschland" versendet zur Zeit in großer Anzahl Einladungen an Personen des politischen und öffentlichen Lebens, in denen diese aufgefordert werden, am "V. Festival der Weltjugend" in Warschau teilzunehmen oder doch mindestens durch Grußschreiben ihre Sympathie auszudrücken. Die Einladungen, die unter Verwendung des Namens des verstorbenen Grafen DOKSMER versandt werden, verschweigen bewußt die Tatsache, dass es sich hierbei um eine rein kommunistische Demonstration handelt, mit der die 3. Kolonne des Kream in der freien Welt gestützt werden sollen. In der Einladung steht auch kein Wort über die Träger des Festivals, bei denen es sich in Gestalt des kommunistischen "Weltbundes der demokratischen Jugend" (WBdJ) und des kommunistischen "Weltstudentenbundes" (IUS) um längst entlarvte Tarnorganisationen handelt. Jeder, der also diesen geschickt abgefassten Einladungen folgen würde, unterstützte schon allein dadurch ob gewollt oder ungewollt die Brautzeiger dieser Aktion. Es ist selbstverständlich, dass kein Sozialdemokrat sich dazu hergeben wird.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau